



An den
Landrat des Oberbergischen Kreises
Herrn Hagen Jobi
Kreishaus – Moltkestraße 42
51643 Gummersbach

8. Dezember 2011

Antrag zur Sitzung des Kreistags am 15. Dezember 2011

Berichterstattung im Polizeibeirat über eine sichergestellte Personen- und Institutionenliste, die im Rahmen der Ermittlungen gegen zwei Tatverdächtige einer rechtsterroristischen Gruppierung aufgetaucht ist

Sehr geehrter Herr Landrat Jobi,

hiermit stellen die SPD-Kreistagsfraktion und die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Kreistagsitzung am 15. Dezember 2011 folgenden Antrag:

Die Liste mit den Namen der Personen und Institutionen im Oberbergischen Kreis, die im Rahmen der Ermittlungen gegen zwei Tatverdächtige der rechtsterroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ aufgetaucht ist, soll den Mitgliedern des Kreispolizeirates in seiner nächsten ordentlichen Sitzung am 26. März 2012 vorgelegt werden.

Begründung:

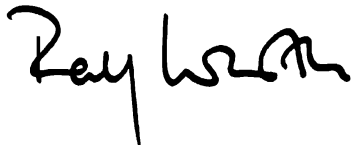
Vor wenigen Wochen stellten die Ermittlungsbehörden in Zwickau im Freistaat Sachsen umfangreiches Datenmaterial von Personen und Institutionen sicher, die in der Wohnung von zwei Tatverdächtigen, denen Tötungs- und Vermögensdelikte zur Last gelegt werden, gefunden wurden. Nach konkreten Anhaltspunkten gehören diese Tatverdächtigen zu einer rechtsterroristischen Gruppe namens „Nationalsozialistischer Untergrund“. Das gefundene Material umfasste zahlreiche Namen von Personen und Institutionen aus dem gesamten Bundesgebiet. Der regionalen Presse war zu entnehmen, dass sich darunter auch Namen von Personen und Institutionen aus dem Oberbergischen Kreis befinden, die deutlich über den Einzelfall hinausgehen könnten.

Der Polizeibeirat ist Beratungsorgan für die polizeiliche Angelegenheiten, die für die Bevölkerung oder für die Selbstverwaltung von Bedeutung sind. Allein die Existenz einer solchen Liste aus rechtsterroristischem Umfeld gibt Anlass zu großer Sorge. Deshalb sehen die beantragenden Fraktionen den Polizeibeirat als das richtige Gremium an, um dieses Thema zu behandeln. Für eine sachgerechte und fundierte Behandlung ist es jedoch unerlässlich, dass den Mitgliedern des Polizeirates, die zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, die Liste mit den Namen der betroffenen Personen und Institutionen aus dem Oberbergischen Kreis vorgelegt wird.

Die Kreispolizeibehörde sollte auch in diesem Rahmen über den dann aktuellen Sachstand berichten, soweit dies rechtlich möglich.

Eine weitere mündliche Begründung erfolgt in der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ralf Wurth'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

Ralf Wurth,
SPD-Fraktionsvorsitzender

gez. Helmut Schäfer,
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90/Die Grünen